



# Solidarität und Unterstützung für die Beschäftigten von Siemens

**Die Mahnwache der Kolleginnen und Kollegen zu Frühschichtbeginn am 17. November vor dem Tor des Siemens-Generatorenwerks Erfurt unterstützte die Thüringer LINKE mit Feuertonnen, Kaffee und Tee. Susanne Hennig-Wellsow, Fraktions- und Landesvorsitzende, Martina Renner, LINKE-Bundestagsabgeordnete für Erfurt, und Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, nahmen aktiv teil und suchten vor Ort das Gespräch mit den Beschäftigten.**

Susanne Hennig-Wellsow betonte die Bedeutung einer möglichst breiten gesellschaftlichen Solidarität für den Erhalt des Werkes als Teil des Siemensverbundes: „Es ist wichtig, dass die Beschäftigten, der Betriebsrat und die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall heute eine unmissverständliche Reaktion auf die vorgestellten Konzernpläne gezeigt haben. Die klar formulierte und berechtigte Forderung, das Generatorenwerk Erfurt als Teil des Siemenskonzerns zu erhalten, wird von uns vollkommen unterstützt. Zugleich führen alle Beschäftigten aller betroffenen Standorte einen gemeinsamen Kampf und lassen sich nicht auseinanderdividieren – das ist

gut und richtig so! Nun ist es auch an uns, alle notwendigen gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren, um Stellenabbau, Werksschließungen und Ausverkauf zu verhindern.“ Rainer Kräuter ergänzte: „Trotz der negativen Nachrichten aus München sind die Kolleginnen und Kollegen zuversichtlich



und zum Kampf um ihre Arbeitsplätze entschlossen. Die vielen Gespräche, die wir geführt haben, sind eine wichtige Motivation für die anstehenden politischen Auseinandersetzungen. Unse-

re Partei und Fraktion wird auch die kommenden Aktionen aktiv begleiten, zum Beispiel den Schweigemarsch am 21. November.“

Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der Siemens-Pläne erklärt: „Es ist ein



Skandal, dass der Siemens-Konzern bei einer aktuellen Steigerung des Jahresgewinns um 600 Millionen Euro sämtliche Absprachen zu Arbeitsplatzgarantien mit Gewerkschaften und Be-

schäftigten bricht und nun Kernbelegschaften vor die Tür setzen und komplette Werke schließen will. Wir werden als LINKE zusammen mit unseren Koalitionspartnern gegen dieses Vorhaben mit aller Entschiedenheit ankämpfen!“

In einer Mitarbeiterversammlung am vergangenen Freitag hatte Siemens die Pläne der Belegschaft offiziell mitgeteilt. Das Erfurter Siemenswerk soll entweder verkauft oder Mitarbeiter entlassen werden. Wie der MDR meldete, habe Bernd Spitzbarth von der IG Metall von weit mehr als 200 Stellen gesprochen, die gestrichen werden sollten. Seinen Angaben zufolge wolle Siemens als eine der Optionen einen „Personalabbau mit Produktverschlangung“ vornehmen.

Auf der Betriebsversammlung sind die 500 Beschäftigten, die anwesend waren, hinausgestürmt. Betriebsratsvorsitzender Mario In der Au sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Sie sind hochgradig enttäuscht von der angekündigten Planung und können das in keiner Weise nachvollziehen.“ Laut In der Au sei für Freitagmittag die Produktion gestoppt worden. Auch die Spätschicht werde ihren Dienst nicht antreten. Erst am Montag werde wieder gearbeitet.

## Erhöhung der Elterngebühren ist nicht mit Kita-Gesetz begründbar

**„Die Einführung des gebührenfreien Kita-Jahres in Thüringen ab Januar 2018 ist ein Herzstück rot-rot-grüner Politik. Damit werden Familien jährlich um durchschnittlich 1.440 Euro befreit. Familien steht so deutlich mehr Geld zur Verfügung. Wenn Kommunen und Kita-Träger nun eine Erhöhung der Elterngebühren mit den geplanten Veränderungen begründen, ist diese Behauptung schlicht unwahr und geht an der Realität vorbei“, sagt der Bildungspolitiker der Linksfraktion Torsten Wolf.**

Damit werden Familien getäuscht und um die von Rot-Rot-Grün in die Wege geleitete Entlastung gebracht. Das gebührenfreie Kita-Jahr wird komplett aus dem Landeshaushalt finanziert. Weil Kitas kommunale Einrichtungen sind, werden die entsprechenden Gelder zur Finanzierung des beitragsfreien Jahres den Kommunen und Trägern durch den so genannten Kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt“, stellte Torsten Wolf klar. Er reagiert damit auf Berichte besorgter El-

tern, die die Linksfraktion erreicht haben, und auf die aktuelle Medienberichterstattung.

Es sei angekündigt worden, dass mit dem neuen Kita-Gesetz die Elterngebühren in den Jahren vor dem beitragsfreien Jahr so erhöht werden, dass netto nichts oder nur wenig von der Entlastung durch das beitragsfreie Jahr übrig bleibt, so berichten Eltern von Kita-Kindern. „Es ist eine üble Täuschung, wenn das mit dem neuen Kita-Gesetz begründet wird. Eine solche Erhöhung und eine damit verbundene Änderung der Beitragssatzung ist durch das Kita-Gesetz nicht gedeckt und wird durch die Neuregelungen auch nicht verlangt“, konstatierte der LINKE-Abgeordnete. Falls Kita-Gebühren in den nächsten Wochen und Monaten erhöht werden, hat dies andere Gründe als die Gesetzesänderungen. Die Kitas und die Träger sollten dann so ehrlich sein und ihre anderen, tatsächlichen Gründe für eine Beitragserhöhung offenlegen. „Einer drohenden Gebührenerhöhung sollten Eltern sowohl formal widersprechen als auch öffentlich ihren Protest entgegensetzen. Wir als Frakti-

on DIE LINKE unterstützen die Eltern vor Ort in ihrem legitimen Anliegen, da wir Beitragsfreiheit und Qualitätsverbesserungen abgesichert haben“, unterstrich Torsten Wolf. Aus den Antworten auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten (Druckache 6/4244) geht

die genaue Finanzierung für die Kitas im Jahr 2017 hervor. Die Anfrage ist über die Pressestelle abrufbar. Alle Eltern, Gemeinderäte und andere Interessierte können sich auch in der Linksfraktion beraten lassen.

